Gewerkschaftliche Monatshefte 8'89

Ernst Breit

Nie wieder Krieg - für den Frieden arbeiten

Das Motto des DGB zum Antikriegstag 1989 soll dazu aufrufen zurückzuschauen, um aus Fehlern und Versäumnissen zu lernen und sich andererseits unserer Verantwortung für die Zukunft zu stellen.

Am 1. September jährt sich der Überfall der Deutschen auf Polen zum fünfzigsten Mal. Damals wurde ein Weltkrieg begonnen, der alles bis dahin Vorstellbare an Zerstörung, Massenelend und Leid übertraf. Tote wurden in Millionen gezählt. Mit einer einzigen Bombe konnte eine ganze Stadt dem Erdboden gleichgemacht werden.

Und es ist etwas geschehen, das wir nicht vergessen dürfen: Eine Koalition aus Teilen der alten Elite und einer faschistischen Partei hat sich zu einem Terrorregime entwickelt, das alle Normen von Recht, Humanität und Demokratie über Bord warf. Viele haben die Augen verschlossen, manche bewußt weggeschaut und andere aktiv mitgewirkt. Es wurden sechs Millionen Menschen ermordet, weil sie Juden waren, anderen Minderheiten angehörten oder sich dem Regime entgegenstellten. Diese Schuld kann nicht abgetragen werden. Sie bleibt den Nachgeborenen als Verantwortung erhalten. Wir alle sind aufgefordert, die Menschenrechte zu verteidigen, Diktaturen entgegenzutreten und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen.

Verantwortung übernehmen und handeln

Angesichts der Wirklichkeit auf unserer Erde reichen Beteuerungen nicht aus, es besteht akuter und konkreter Handlungsbedarf. Das zeigen uns tagtäglich Bilder und Berichte aus Ländern, in denen Krieg, Hunger und Unfreiheit herrschen.

Aber auch das eigene Land bietet Anlaß zur Sorge: Es gibt eine unverkennbar weitverbreitete Ausländerfeindlichkeit, die sich in einigen Fällen bereits aggressiv entladen hat - bis hin zum Mord. Es gibt wieder Politiker, die

auf den in der Bevölkerung unterschwellig vorhandenen Fremdenhaß setzen. Von derartigen Parolen lassen sich offenbar auch viele junge Leute anziehen- wahrscheinlich auf der Suche nach einfachen Lösungsansätzen. Es ist geradezu alarmierend, daß nicht nur eine kleine Gruppe „Ewiggestriger" den Ausländerhaß kultiviert, sondern daß sich dieses Gift langsam, aber offenbar nur schwer aufhaltsam in breiten Teilen der Bevölkerung festfrißt. Es zersetzt die Toleranz gegenüber ausländischen Mitbürgern und das Mitgefühl für diejenigen, die um Asyl bitten, weil sie zu Hause um ihr Leben fürchten müssen.

Es ist beschämend, daß in demokratischen Parteien hier und dort ausländerfeindlichen Tendenzen aus Gründen der politischen Opportunität ein Anstrich von Seriosität verliehen wird. Aufgabe verantwortungsbewußter Politik ist es, darauf hinzuwirken, daß Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft ebenso wie ganze Völker näher zusammenrücken, weil gemeinsame Probleme dazu zwingen.

Terror und Unterdrückung gibt es in vielen Teilen der Welt

Wie unvermittelt auch heute noch - vor den Augen der Weltöffentlichkeit - Knüppel, Gewehr und Panzer jedes andere Mittel der Politik ersetzen, mußten wir am Beispiel Chinas erleben. Es wurden Menschen getötet, weil sie sich für - bei uns in Westeuropa selbstverständliche - demokratische Rechte friedlich demonstrierend eingesetzt hatten! Eine Propagandamaschinerie, die Nachrichten durch Indoktrination ersetzt, und eine Einschüchterungswelle schwemmten Gestaltungswülen und Menschenwürde hinweg. Zurückbleiben Angst, Denunziation, Mißtrauen und oft auch Hoffnungslosigkeit.

Hoffnungslosigkeit prägt auch das Weltbild vieler Millionen Menschen, die in den Ländern der sogenannten Dritten und Vierten Welt leben. Zwei Drittel aller Menschen auf dieser Erde müssen mittlerweile buchstäblich um ihr nacktes Leben kämpfen. Menschenwürde oder politische Rechte sind ihnen nahezu unerreichbare Güter, weil sie zunächst Wasser, Brot und Unterkunft brauchen. Dieser Krieg, den niemand erklärt zu haben scheint, hat seine Ursachen auch in Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die unseren Wohlstand erhalten und vermehren und zur Ausbeutung vieler Länder in Afrika, Asien und Südamerika beitragen. Verantwortung übernehmen heißt für uns konkret unter anderem: Schuldenerlaß, mehr Hilfe zur Selbsthilfe, Stärkung einheimischer Produktionskapazitäten, Schaffung von Arbeitsplätzen. Außerdem führen die bisherigen wirtschaftlichen Regeln gerade dort zu weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen, wo die Not ohnehin schon am größten ist.

Ein unseliger Kreislauf: der Rüstungsexport

Es ist Tatsache, daß die Regierungen der ärmsten Länder zur Zeit zwanzigmal mehr Geld für Waffen ausgeben als für die soziale Entwicklung ihrer Länder. Diese Ausgaben treiben sie in noch größere Abhängigkeiten. Das Geld für Waffen fließt zum großen Teil wieder in die reichen Industriestaaten zurück. Dorthin, wo auch Kredite aufgenommen werden müssen.

Es sieht gegenwärtig nicht so aus, als ob dem Rüstungsexport durch gesetzliche Maßnahmen engere Grenzen gesetzt werden oder gar ein Ende gemacht wird. Das Gegenteil ist der Fall. Bundesdeutsche Unternehmen haben beispielsweise an beide kriegführenden Staaten im Iran-Irak-Krieg Waffen verkauft. Ob sie legal oder illegal geliefert wurden, die Tatsache bleibt bestehen, daß auf beiden Seiten Menschen mit deutschen Waffen getötet wurden. Für viele andere Krisenherde gilt dasselbe. Die Industriestaaten sind sich im übrigen in dieser Sache einig. Die Rüstungsexportraten der Industriestaaten in Ost und West zeigen gleichermaßen: Sie exportieren den Krieg in den Süden.

Krieg gegen unsere Lebensgrundlagen

Wenn davon die Rede ist, daß wir uns bereits mitten im Dritten Weltkrieg befinden, dann sind damit aber nicht ausschließlich die über 150 kriegerischen Auseinandersetzungen seit dem Zeiten Weltkrieg oder die vielen Millionen verhungerter Menschen jährlich gemeint. Es handelt sich auch um einen anderen nicht erklärten Krieg: den Krieg gegen die Natur. Ein ehemaliges Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA, Jessica Mathews, faßt den Zusammenhang zwischen weltweiter Umweltzerstörung und nationalem militärischen Sicherheitsdenken folgendermaßen zusammen: „Die Vorstellung, die nationale Souveränität sei gewahrt, wenn die nationalen Grenzen verteidigt werden können, ist hinfällig." Auch der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow hat neuerdings auf den Zusammenhang zwischen nationaler wie internationaler Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Sicherheitspolitik aufmerksam gemacht. Derartige Erkenntnisse hat noch vor kurzem niemand von der östlichen Großmacht erwartet.

Die globalen Gefahren einer weltweiten Umweltzerstörung - ob durch Ozonlöcher, Aufheizung der Erdatmosphäre, Luft- und Wasserverschmutzung -sind mittlerweile ebenso bedrohlich wie die Gefahr eines Krieges. Beiden Gefahren ist gemeinsam, daß sie wohl keine Ausnahme in ihrer Bedrohung machen: Es wird bei einem Atomkrieg keine Sieger gegen und bei einer Umweltkatastrophe nur unglückliche Verlierer.

Frieden braucht die Sicherheit des einzelnen

Dieser weite Bogen verdeutlicht, daß die Friedenspolitik der Gewerkschaften nicht ein in sich abgeschlossenes Themengebiet ist, sondern daß friedenspolitische Fragen mittlerweile aufgegangen sind in weltweite Sicherheitsfragen, die nur gemeinsam zu lösen sind. Den Gewerkschaften ist diese globale Sichtweise nicht fremd, sie war schon bei der Gründung der internationalen Gewerkschaftsbewegung vor hundert Jahren geläufig. Bereits damals haben Arbeiterinnen und Arbeiter darauf hingewiesen, daß soziale Sicherheit und politische Freiheit, Menschenwürde und Selbstbewußtsein die besten Grundpfeiler für ein friedliches Miteinander der Völker sind. Welche furchtbaren Rückschläge dieser Gedanke auch erlitten haben mag, er stimmt heute und wird auch in Zukunft gültig bleiben.

Die Gewerkschaften setzen sich dementsprechend gegen den Rassismus in Südafrika ein, sie unterstützen den Aufbau demokratischer und sozialer Strukturen in Südamerika. Sie unterstützen alle Initiativen zur weltweiten Abrüstung und zur Sicherung unserer gemeinsamen Lebensgrundlage. Sie wollen damit dem Gedanken einer globalen Friedens- und Sicherheitspolitik genauso Rechnung tragen wie mit ihrem entschiedenen Eintreten gegen Ausländerfeindlichkeit im eigenen Land und mit dem Kampf für eine bessere Umweltpolitik, die grenzüberschreitend betrieben werden muß.

Nicht nur Gedenktag, sondern ein Tag des Aufbruches

Wenn die Gewerkschaften fordern: „Nie wieder Krieg" dann heißt das auch, daß nirgendwo mehr Krieg durch unsere Mitschuld begonnen oder geführt werden darf. Deshalb wollen wir unsere Vorstellungen von Rüstungskonversion und Umweltpolitik, von Weltwirtschaftspolitik und Durchsetzung der Menschenrechte in die Tat umsetzen. Wir dürfen uns nicht von einer in Europa subjektiv empfundenen Friedfertigkeit einschläfern lassen, sondern müssen die zaghaften Versuche zur weltweiten Abrüstung und zur Sicherung der gemeinsamen Lebensgrundlagen mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.

Das ist nicht nur eine Aufgabe für die Gewerkschaften oder ein Punkt in einer Regierungserklärung: Es ist und bleibt eine Verpflichtung für jeden einzelnen.